

11/17

[Spendenkonto](#)  
[Web](#)  
[Kontakt](#)

# Newsletter

Menschenrechte ohne Grenzen e.V.



## Themen dieser Ausgabe

10-Jahresfeier borderline-europe e.V.

Zerreißt die mentalen Ketten! Break the mental chains! Briser les chains mentales!

Die Folgen der Externalisierung von EU Migrationspolitik  
für afrikanische Herkunfts- und Transitstaaten

Benefizkonzert für Flchtlingssolidarittsarbeit in Lübeck

### Italien und zentrales Mittelmeer

Kriminalisierung der Seenotrettung: die „Juventa“ kommt nicht frei

Die neuen Routen: Tunesien und Algerien

Und was passiert in Libyen...?

### Griechenland

Open the islands – No more dead from cold

Hungerstreik gegen die Verzögerungen bei der Familienzusammenführung

**Spendenkonto**

**Web**

**Kontakt**

Veranstaltungen

## 10-Jahresfeier borderline-europe e.V.

---

Am 28.10.2017 haben wir unter dem Motto “(K) ein Grund zum Feiern” trotzdem eingeladen, um auf das 10-jährige Bestehen von borderline-europe anzustoßen. 10 Jahre borderline-europe, darin stecken viele Ereignisse, Kampagnen, Höhen und Tiefen und natürlich viel Herzblut und harte Arbeit – kurzum es ist viel passiert. Umso schöner, dass so viele von euch sich die Zeit genommen haben um gemeinsam im ACUD Club in Berlin zu diskutieren und zu tanzen!

Das Programm des Abends begann mit einem Kurzfilm von Doro Bruch und Katja Grätzel, der Menschen auf den Straßen Berlins dazu befragt woran sie bei dem Begriff borderline-europe zuerst denken und ihre teils sehr unterschiedlichen Assoziationen auf witzige Art und Weise darstellt. Christian Jakob von der taz übernahm die Moderation des Abends und führte uns durch das sehr reichhaltige und spannende Programm mit Präsentationen und Diskussionen zwischen Mitgliedern von borderline-europe, Kooperationspartner\*innen und Gästen.

Ein Abriss der letzten 10 Jahre des Vereins war natürlich notwendig und zugleich eine große Herausforderung. Borderline-europe wurde 2007 mit dem Ziel gegründet, Menschenrechtsverletzungen

aufgrund zunehmender europäischer Abschottungspolitik zu thematisieren. Einer der Auslöser hierfür war der Prozess der gegen die Seenotretter\*innen des humanitären Rettungsschiffs “Cap Anamur” fünf Jahre lang in Italien geführt wurde. Angeklagt waren unter anderem borderline-europe Gründungsmitglieder Stefan Schmidt, der damalige Kapitän des Schiffs und der damalige Leiter des Komitees Cap Anamur, Elias Bierdel, weil sie 37 Afrikaner\*innen aus dem Mittelmeer retteten. Der Vorwurf lautete Beihilfe zur illegalen Einreise. In den letzten 10 Jahren haben wir bei borderline-europe auch weiterhin die Kriminalisierung von Fluchthilfe dokumentiert und thematisiert, es folgten zahlreiche weitere Prozesse gegen die tunesischen Fischer bis 2011 sowie erst kürzlich die Anklage gegen das Rettungsschiff des Vereins Jugend Rettet. In 10 Jahren borderline-europe wurden viele wichtige Kooperationen geschlossen. 2008 etwa wurde der Schwesterverein Borderline Sicilia auf Sizilien gegründet, der seither ein Monitoring über die Situation von Geflüchteten auf Sizilien und Lampedusa durchführt. 2009 fand das erste nobordercamp auf Lesbos statt, welches der Ausgangspunkt für eine kontinuierliche Zusammenarbeit zu Flüchtlingsorganisationen auf Lesbos war. Es entstanden darüber hinaus Kooperationen zur Beobachtung der östlichen EU-Grenzen in Österreich und Polen. Durch die Auslagerung des europäischen Grenzregimes in den häufig sogenannten globalen Süden, richtet sich unser kritischer Blick inzwischen auch auf die Situation in

Afrika und die Auswirkungen der Abkommen die zwischen der EU und Diktatoren, insbesondere der nordafrikanischen Staaten geschlossen werden. Bei borderline-europe haben im Laufe der Jahre über 70 Menschen aktiv im Verein mitgewirkt. Wir haben es geschafft fundierte Beobachtungen der Situation an den EU-Außengrenzen zu liefern, Dokumentationen und Publikationen zum Thema zu veröffentlichen, ein europäisches Netzwerk aufzubauen und Initiativen zur humanitären Hilfe an den Grenzen zu unterstützen.

Im Anschluss an diesen Überblick zum Verein berichteten Elio Tozzi (Borderline Sicilia) und Julian Köberer (Borderline Lesbos) über die aktuelle Situation an den Außengrenzen auf Sizilien und Lesbos. Besonders gefreut haben wir uns auch über das Gespräch auf unserer kleinen Bühne mit Gergishu Yohannes, die den Verein Tod im Mittelmeer 2009 e.V., einen wichtigen Kooperationspartner von borderline-europe, gegründet hat. Gemeinsam mit Julian Köberer, der über den aktuellen Prozess gegen die Seenotretter\*innen des Schiffs Juventa von Jugend Rettet informierte, machten beide nochmals deutlich, dass es die europäische Migrationspolitik ist, die Tausende Tote im Mittelmeer verursacht. Daran anschließend wurde im Podium mit Axel Grafmanns (Sea-Watch e.V.), Lisa Gross und Fallou Fall (AlarmPhone) und Judith Gleitze (borderline-europe) über die aktuelle Lage der Seenotrettung diskutiert. Die Mitwirkenden stellten ihre Arbeit vor und gaben erschreckende

Einblicke auch durch persönliche Erlebnisberichte. Es ist wichtiger denn je, Rechtsverletzungen im Mittelmeerraum zu thematisieren, da zivile Akteure momentan unter massivem Druck durch den Vorwurf der Beihilfe zur Flucht kriminalisiert werden. Diese politische Strategie und Angriffe durch die libysche Küstenwache auch im internationalen Gewässer hat zur Folge, dass viele zivile Seenotrettungsorganisationen sich bereits aus der Rettungszone zurückziehen mussten. Unter reger Beteiligung aus dem Publikum entstand eine Diskussion in welcher aber auch bisherige Erfolge benannt werden konnten. So ist durch eine kontinuierliche Zusammenarbeit im Laufe der Jahre ein starkes transnationales Netzwerk entstanden.

Anschließend gab es ein leckeres Catering und live Musik von der Band Thunderbirds. Auch mit der Band verbindet uns ein freundschaftliches Verhältnis, sie veranstalten regelmäßig Benefizkonzerte für *borderline-europe* in Carlow (Rock an der Kirche) um Spenden zu sammeln. Kurzum, es war eine sehr gelungene Feier. Wir stellen abschließend aber auch fest, dass unsere Arbeit notwendiger denn je ist. Wir danken euch allen an dieser Stelle nochmals für die gute Zusammenarbeit, es gibt viel zu tun!

## **Zerreißt die mentalen Ketten! Break the mental chains! Briser les chains mentales!**

---

Das ist unsere Botschaft, die wir bei der antirassistischen Parade „We'll come united“ zusammen mit der selbstorganisierten Gruppe von Geflüchteten „Corasol“ (contre racisme et pour la solidarité), und der Theater AG des AK Asyl e.V. Bielefeld auf einem der 20 bunten Wägen vertreten haben. Bundesweit sind Geflüchtete, Flüchtlingsinitiativen, Hilfsorganisationen und Künstler\*innen in Berlin zusammen gekommen, um zu zeigen, dass die Situation der Geflüchteten in Deutschland auf breite Solidarität stößt: eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik ist eine zentrale Forderung an alle demokratischen Parteien.

Die Demonstration war für uns ein voller Erfolg. Bis zu 10.000 Menschen kamen zusammen und setzten ein Zeichen der Solidarität gegen die Asylrechtsverschärfungen, Abschiebungen und die Abschottung Europas. Die Veranstalter schreiben auf Facebook: „Welcome United war für uns alle der Höhepunkt dieses Wahlkampfes, in dem über uns entschieden wird, wir aber nicht gefragt werden. Wir haben bereits vor dieser Wahl gewählt: Das Recht hier zu sein, das Recht auf Schule, das Recht auf Arbeit, das Recht unsere Familien bei uns zu haben. Für uns war es ein wunderschöner Tag, der uns noch lange bewegen wird!“. Die De-

monstration startete um 13.00 Uhr vor dem Innenministerium in Moabit. Bei der Zwischenkundgebung am Humboldtforum trafen wir mit dem Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung und den Feminist\*innen von „What the Fuck“ zusammen und zogen gemeinsam weiter zum Oranienplatz. Dabei waren die auf den Wägen angesprochenen Themen so vielfältig und bunt wie die Musik und die Dekoration der Wägen. Sea-Watch beteiligte sich an der Demonstration mit einem Wagen, der einer Fähre nachempfunden war, sowie mit einem Schlauchboot auf der Spree unter dem Motto „Ferries not Frontex“. Aktivist\*innen aus Athen, die dort ein leer stehendes Hotel besetzt haben, nahmen den langen Weg auf sich, um mit ihrem Truck „City Plaza“ die prekäre Wohnsituation von Geflüchteten zu thematisieren. Die Oromo Community machte mit ihrem Wagen auf die Zusammenarbeit Deutschlands mit der äthiopischen Regierung aufmerksam, welche wegen Landraubs und diverser Menschenrechtsverletzungen in der Kritik steht.

Unseren Wagen gestalteten wir gemeinsam mit Corasol. Zusammen haben wir zwei Wochen lang in den Mehringhöfen fleißig gebastelt. Es wurden bunte Spruchbänder gemalt, Ketten besprüht, Karton zurecht geschnitten und Reden geschrieben. Zu Reggae Musik und Keksen ließen wir unserer Fantasie freien Lauf. Dabei entstanden 12 Köpfe aus Karton. Die Hälfte der Köpfe war in Ketten gelegt, die Rassismus, Nationalismus, Ho-

mophobie und Sexismus symbolisierten. Die anderen Köpfe waren bunt und frei. Sie standen für Respekt, Toleranz und Solidarität.

Mit unserem Motto „Zerreißt die mentalen Ketten“ haben wir so darauf aufmerksam gemacht, dass europäische Abschottung viele Gesichter hat. Zunächst bedeuten die Asylrechtsverschärfungen der letzten Jahre eine rechtliche Abschottung. Aber auch die physischen Grenzen der EU haben unterschiedliche Gestalten. Es sind Zäune, Gräben und Wassergrenzen. Sie werden mit Stacheldraht, Wärmebildkameras, Militärschiffen und Hubschraubern gesichert. Aber weder die rechtlichen, noch die physischen, fassbaren Grenzen sind der einzige Aspekt der europäischen Abschottung. Die Abschottung erfolgt auch geistig. Es ist leichter Menschen den Schutz - eine menschenwürdige Existenz – zu versagen, wenn man sie als Terroristen, Gefährder oder Extremisten bezeichnet. Diese emotionale Abschottung, diese mentalen Grenzen, dieser Nationalismus, die Vorurteile und Stereotypen erleichtern das Wegschauen und sind so auch mitverantwortlich für das Massensterben auf dem Mittelmeer. Sie legen die Grundlage für die physischen und rechtlichen Grenzen, die Festung Europa. Sie bereiten den gesellschaftlichen Konsens vor, der die Asylrechtsverschärfungen der letzten Jahre legitimiert hat.

Der Community Karneval hat gezeigt, wie den Chancen und Herausforderungen von Flucht und Migration begegnet werden kann und muss: ge-

meinsam, ohne Angst, solidarisch und optimistisch.

Wie der bunte Spaß aussah, könnt ihr [hier](#) anschauen.

### Pressespiegel

## Die Folgen der Externalisierung von EU Migrationspolitik für afrikanische Herkunfts- und Transitstaaten

---

Im Oktober 2017 fand die von *borderline-europe* organisierte ganztägige Konferenz zur Externalisierung der EU-Migrationspolitik auf den afrikanischen Kontinent in Berlin statt, bei denen die Länder Mali und Gambia besonders beleuchtet wurden. Das Interesse an dieser Thematik scheint sehr groß zu sein, da die Konferenz von über 50 Personen besucht wurde.

Diese Externalisierungspolitik der EU, also der Vor- und Auslagerung von Flucht- und Migrationskontrollen, sowie die verschiedenen Mechanismen der Abwehr von Migrant\*innen sind keineswegs neu. Sophia Wirsching (Brot für die Welt) gab in ihrem einführenden Vortrag einen Einblick in die Entwicklung dieser Migrationspolitik von

der Konferenz von Rabat im Juli 2006 über den im November 2014 initiierten Khartoum-Prozess bis hin zum im vergangenen Jahr durchgeführten EU-Afrika-Gipfel in Valletta. All diese in diesem Rahmen verabschiedeten Aktionspläne, Programme und Projekte haben das Ziel, Migrant\*innen möglichst noch vor Erreichen der europäischen Außengrenzen aufzuhalten.

In den drei parallel stattfindenden Workshops beleuchtete Bruno Watara (Initiative gegen das EU-Grenzregime) diese Entwicklungen, die Hintergründe und die ökonomische Perspektive dieser Politik. Alassane Dicko (Afrique-Europe-Interact Mali) sprach über Widerstandsbewegungen gegen das EU-Grenzregime in Mali und Yankuba Darboe (gambisch-britischer Menschenrechtsanwalt) gab Einblick in die Entwicklung der gambischen Migration, ihrer ökonomischen Auswirkungen sowie in die Migrationsbewegungen unter der Diktatur von Yaha Jammeh und den Veränderungen unter der neuen Regierung.

Zum Abschluss diskutierten auf dem Podium Alassane Dicko, Namareg Abkr (Atkivistin) und Yankuba Darboe unter der Moderation von Julia Stier (*borderline-europe*) über die Perspektiven des Widerstands gegen das Grenzregime und die Möglichkeiten der Solidarität in Afrika und Europa.

### Videoreport

## Benefizkonzert für Flüchtlings-solidaritätsarbeit in Lübeck

---

In der St. Marienkirche in Lübeck fand am 22.10.2017 ein Benefizkonzert zu Gunsten der Flüchtlings-solidaritätsarbeit statt. Die Idee dazu kam von dem Pianisten Panagiotis Papadopoulos, der im Lübecker Theater als Assistent des Chefdirigenten angestellt war. Er spielte an diesem Abend Philip Glass, Metarmophosen. Die Schirmherrschaft für das Konzert übernahm Kultursenatorin Kathrin Weiher mit Unterstützung vom Flüchtlingsbeauftragten Stefan Schmidt, dem Stadttheater Lübeck, dem Hotel an der Marienkirche und borderline-europe e.V. Das Grußwort zum Auftakt sprach die Pröpstin Petra Kallies. Es war eine sehr gut besuchte öffentliche Veranstaltung, die 400-500 Gäste hatten vor Ort die Möglichkeit durch eine Spende die Arbeit für und mit Geflüchteten zu unterstützen.

## Italien und zentrales Mittelmeer

### Kriminalisierung der Seenotrettung: die „luventa“ kommt nicht frei

---

Die „luventa“, das Rettungsschiff der Jugendorganisation Jugend Rettet, wurde am 2. August 2017 von den italienischen Behörden konfisziert. Seit her liegt sie im Hafen von Trapani fest. Bisher ist keine Anklage gegen Einzelpersonen erfolgt, doch die 550-Seiten starke Anklageschrift lässt nichts Gutes erwarten. Die Anklage gegen die luventa beruht auf den Zeugenaussagen von Mitarbeitern des Sicherheitsdienstes IMI, die sich an Bord der Vos Hestia, dem Rettungsschiff der Organisation Save the Children, befanden und die in Verbindung mit der rechtsextremen Identitären Bewegung in Italien stehen. Sie hatten ausgesagt, dass die Besatzung der luventa mit libyschen Schleppern händeln würde. Doch das ist nicht belegbar, wie der italienische Anwalt von Jugend Rettet, Leonardo Marino, in seinem Antrag zur Freigabe des Schiffes ausgiebig erläuterte. Erfahrung hat er genug in diesem Metier: er verteidigte auch die sieben tunesischen Fischer, die 2007 nach der Rettung von 44 Migrant\*innen verhaftet und wegen Beihilfe zur illegalen Einreise vor Gericht gestellt wurden. Im Fall der luventa soll diese in drei Rettungsoperationen Beihilfe zur illegalen Einrei-

se geleistet haben. Die angeblich als Beweise dienenden Fotos zeigen tatsächlich nur Ausschnitte des wirklichen Geschehens dieser drei Einsätze, zudem ist es nicht einmal das kleine Rettungsboot der luventa, welches dort zu sehen ist, sondern das der Vos Hestia. Dennoch lehnte das Gericht in Trapani eine Freigabe wortreich ab – doch diese Ablehnung unterscheidet sich kaum von der Anklageschrift, das Gericht ist also überhaupt nicht auf die Auslegungen des Anwaltes eingegangen. Hier wird klar, dass es sich im Fall luventa um ein politisch motiviertes Vorgehen des Gerichts handelt. Am 9. Oktober wurde nun vor dem Kassationsgericht in Rom Einspruch gegen dieses Urteil eingelegt, eine Antwort ist Anfang nächsten Jahres zu erwarten. Sollte auch das Kassationsgericht in Rom den Antrag ablehnen, wird es zu Anklagen gegen einzelne Mitglieder von Jugend rettet kommen – wie im Jahr 2004-2009 im Falle der Cap Anamur.

Die These eines politisch motivierten Vorgehens des Gerichts gegen die private Seenotrettung scheint sich zu bewahrheiten: am 22. September berichtete die italienische Tageszeitung Giornale di Sicilia, dass die Behörden in Trapani nun auch gegen den Kapitän der Vos Hestia, Marco Amato, ermitteln. Auch hier hatten der Sicherheitsleute der IMI ausgesagt. Als schließlich die Prudence, das Rettungsschiff von Ärzte ohne Grenzen, am 5. Oktober ihren Dienst vorerst einstellte, da die Abfahrten von Migrant\*innen aus Libyen massiv zu-

rückgegangen sind, folgte eine Durchsuchung des Schiffes durch die Polizei. Auch wenn es derzeit ruhiger geworden ist um die Anklagen gegen Seenotretter\*innen und um den „Verhaltenskodex“ der italienischen Regierung, den z.B. das erst seit wenigen Wochen fahrende deutsche Rettungsschiff „Lifeline“ nicht, Sea-Watch hingegen am 14. Oktober nun doch unterzeichnet hat, es ist die Ruhe vor dem Sturm. Private Seenotrettung ist nicht gewollt und man scheint ein Exempel statuieren zu wollen.

## Die neuen Routen: Tunesien und Algerien

---

Neu sind sie nicht, aber seit sechs Jahren, seit dem „Arabischen Frühling“, sind nicht mehr so viele Migrant\*innen aus Tunesien auf Sizilien angekommen. Seit Juli sind die Ankünfte aus Libyen hingegen stark zurückgegangen, auch wenn sie seit September langsam wieder ansteigen.

Tunesien befindet sich in einem wirtschaftlichen Tief, die Inflation steigt stetig, Arbeit gibt es nicht. Viele junge Männer sehen keine Zukunft in Tunesien und nehmen daher billigend die Bootsfahrt nach Europa in Kauf, die sie das Leben kosten kann, wie das letzte große Unglück am 9. Oktober 2017 zeigte, bei dem ein Zusammenstoß eines tunesischen Marineschiffes mit einem Migrantenschiff wahrscheinlich 48 Opfer forderte. Die Ab-

fahrten erfolgen häufig von Sfax, von wo aus eine reguläre Fähre auf die Kerkennah-Inseln fährt. Von hier aus sind es nur etwas mehr als 100 km bis nach Lampedusa, aber die Boote erreichen auch das sizilianische „Festland“. Somit veränderte sich aber in den letzten Wochen auch die Situation der tunesischen Migrant\*innen in Italien massiv: wurden sie bisher, wenn die Behörden ihrer habhaft wurden, in die Abschiebungshaft gebracht oder mussten tagelang in abgesonderten Räumen eines der Hotspots zubringen, um dann nach Tunesien zurückgeschoben zu werden, ist dies nun nicht mehr möglich. Aufgrund der großen Zahl der Ankünfte (bis zum 11. Oktober haben ca. 3.500 Tunesier\*innen Italien per Boot erreicht) gibt es keine Plätze mehr in der Abschiebungshaft. Zudem ist anzunehmen, dass auch der tunesische Konsul auf Sizilien, der die Abschiebungen genehmigen muss, dies nun nicht mehr bei allen tut, da es festgelegte Rückführungsquoten gibt (30 Personen pro Woche). Diese scheinen nun aufgestockt worden zu sein, allein in der letzten Oktoberwoche sollen nach Angaben von Aktivist\*innen aus Tunesien 120 Personen aus Italien nach Tunesien abgeschoben worden sein. Aber die Folge der nun zahlreicheren Ankünfte ist, dass nun auch Tunesier\*innen in die Hotspots gebracht, dort identifiziert werden und dann eine so genannte zeitversetzte Zurückschiebung erhalten, bei den Migrant\*innen „7 days“ genannt. Dieses Papier besagt, dass sie Italien innerhalb von sieben Tagen über den Flughafen

Rom Fiumicino zu verlassen haben – Geld für die Fahrt oder sonstige Hilfe gibt es nicht. Direkt nach der Erteilung des Papiers (das kann einige Tage in den Hotspots dauern, auf Lampedusa auch schon einmal Wochen) werden sie ohne jegliche Versorgung auf die Straße gesetzt. Das geschieht auch nachts, zum Beispiel wenn die Fähre von Lampedusa den Hafen von Porto Empedocle auf Sizilien gegen 20.00 Uhr erreicht. Dort werden sie sich dann selbst überlassen und nicht selten trifft man umherirrende Migrant\*innen aus Tunesien oder anderen Maghreb-Staaten auf den Landstraßen an, die versuchen, sich nach Palermo durchzuschlagen. Hier hingegen wird die Situation auch immer prekärer, da die Migrant\*innen (es wurden auch schon schwangere marokkanische Frauen mitten in der Nacht von der Ausländerbehörde auf die Straße gesetzt) dann am Bahnhof Palermo festhängen, wo sie nur durch die Hilfe von Ehrenamtlichen mit dem Nötigsten versorgt werden und wo versucht wird, ihnen einen Schlafplatz zu besorgen. Das gestaltet sich aber aufgrund der überfüllten Notfallzentren immer schwieriger. Die nun schon seit Wochen auf Lampedusa festgehaltenen tunesischen Migranten sind in der letzten Oktoberwoche in Hungerstreik getreten, um gegen ihre anstehende Abschiebung nach Tunesien zu protestieren. Das tunesische Forum für wirtschaftliche und soziale Rechte, FTDS, veröffentlichte am 28. Oktober einen Aufruf, in dem die Unterbringungs- und Haftbedingungen in Italien angeklagt werden.

Auch aus Algerien sind vermehrt Ankünfte in Sardinien zu vermelden. Die algerischen Medien berichteten, dass eine Überfahrt um die 700 Dollar kosten soll. Bis zum 4. Oktober erreichten laut der italienischen Tageszeitung „Il Fatto Quotidiano“ 1.310 Migrant\*innen die italienische Insel, es handelt sich zum großen Teil um Algerier\*innen, unter ihnen nur sehr wenige Geflüchtete aus dem Subsahara-Raum. Auch algerische Migrant\*innen werden anscheinend nicht abgeschoben, erhalten aber auch keine Aufenthaltspapiere, sondern wahrscheinlich ebenfalls ein „7-days-paper“. Die italienische und die algerische Regierung erarbeiten derzeit ein neues Abkommen, um die Abschiebungen zu vereinfachen. Ende Oktober soll es in Kraft treten. Zeitgleich versuchen die algerischen Behörden, die Abfahrten zu stoppen. Der Fatto Quotidiano berichtete am 4. Oktober, dass mehr als 800 Migrant\*innen in so genannten Pullback-Aktionen auf See nach Algerien zurückgeholt worden seien.

## Und was passiert in Libyen...?

Dass in Libyen Chaos, Armut und Terror herrscht ist wohl inzwischen unbestritten. Hier kann nicht näher auf die Verstrickungen der verschiedenen Milizen, die unter anderem auch den „Oil Compound“, die große ENI-Erdölanlage in Melita schützen, woher Italien sein Erdöl bezieht, eingegangen werden. Klar ist nur, schaut man sich

dieses Milizenwirrwarr einmal genauer an wird recht schnell deutlich, dass das Libyen der Milizen Italien an der Nase herumführt und die Regierung Al-Serradsch gar nichts zu sagen hat. Heißt es gestern noch, die Brigade 48 habe sich beschwert, nicht auch Geld von Italien erhalten zu haben wie die Anas Dabbahsi-Miliz, die die Abfahrten stoppen soll, so muss man nur einmal näher hinschauen um zu begreifen, dass Anas Dabbashi ebenso von „Al-Ammu“ (Ahemd Dabbahsi) geführt wird wie die Brigade 48. Italien bestreitet auch weiterhin, Geld an Milizen gezahlt zu haben. Laut Vizeaußenminister Mario Giro hätte man es mit 150 Milizen zu tun, einige seien nun mal eben auch im Menschenhandel tätig (!). Warum Italien wem in Libyen Geld zuschiebt, scheint nun aber auch den EU-Menschenrechtskommissar Nils Muiznieks zu interessieren. In einem Brief fragte er den italienischen Innenminister Minniti an, worin genau denn diese Unterstützung bestehe. Wissen möchte er zudem, welche Maßnahmen denn ergriffen worden seien, damit die privaten Seenotretter\*innen trotz des Verhaltenskodex Rettungen sicher und effizient durchführen können. Minniti antwortete knapp zwei Wochen später: man bilde die libysche Küstenwache aus und versorge sie mit Material, um den Abfahrten von Migrant\*innen Einhalt zu gebieten. Natürlich führe man keine (vom Gerichtshof für Menschenrechte verbotenen) Zurückschiebungen nach Libyen durch. Und natürlich sei man darum bemüht, dass auch Libyen die Menschenrechte respektiere (sic!), daher habe

es am 15. September ein Treffen mit libyschen Behördenvertreter\*innen, dem UNHCR und IOM gegeben, damit das Memorandum of Understanding auch eingehalten werde. Man habe sich auf einen „action plan“ geeinigt. Zudem habe IOM schon 7.300 Personen in ihre Heimatländer zurückgeführt, bis Ende des Jahres sei geplant, dass 15.-20.000 Migrant\*innen Libyen mit der IOM verlassen. Das Memorandum of Understanding zwischen den beiden Staaten war am 17. Februar dieses Jahres unterzeichnet worden. Ein hohes Gericht in Tripolis hatte es allerdings vorerst ausgesetzt, doch der Außenminister der von der UNO vorgeschlagenen Regierung, Mohammed Sayala, legte gegen das Urteil des Obersten Gerichtshofs Berufung ein und gewann. Das MoU ist demnach nicht mehr anfechtbar.

Mitte Oktober scheint sich das Blatt noch einmal zu wenden. Schon seit den ersten Drohungen der libyschen Behörden im Sommer spielten sich viele Seenotrettungen sehr viel weiter nördlich ab. Am 15. Oktober berichtete Radio Radicale mit Berufung auf die Zeitung Al Arabiya, dass General Haftar, der Widersacher der von der UN anerkannten Serradsch-Regierung, den westlichen Teil des Landes von Zawiyah bis Zuwarah (an der tunesischen Grenze) in die Gewalt des ihm unterstehenden Militärs gebracht haben soll. Das hätte auch starke Auswirkungen auf die Abfahrten der Migrant\*innen nach Italien. Die Seenotrettungsleitzentrale in Rom hat jedenfalls eine Warnung

an alle Rettungsschiffe ausgegeben, sich aus der SAR, der Seenotrettungszone, zu entfernen. Der drohende Fall der Stadt Zawiyah, in deren Hafen die Schiffe liegen, die die italienische Regierung den Libyern überlassen hat und in der die „libysche Küstenwache“ u.a. stationiert ist sowie der drohende Fall der Anas Dabbahsi Miliz könnte das Bild komplett verändern. Anas Dabbahsi und die Brigade 48 waren in den letzten Wochen vor allem für die verminderten Abfahrten verantwortlich, nachdem Italien dafür bezahlt hatte.

Einzig Leidtragende dieses ganzen Abschottungswahnsinns sind die Geflüchteten, die Migrant\*innen, die in einem bürgerkriegsgeschüttelten Libyen festsitzen, in dem auch die eigene Bevölkerung inzwischen am Hungertuch nagt. Auch in Tunesien ist es spürbar, dass die Libyer\*innen kein Geld mehr haben – niemand kommt mehr, um sich ärztlich in Tunesien versorgen zu lassen, die Libyer\*innen bleiben zu Hause, ohne jegliche Versorgung, ohne Hoffnung auf einen schnellen Frieden. So finden sich dann unter den Ankommenden in Sizilien immer mehr Libyer\*innen, ganze Familien, die keine Chance mehr in ihrer Heimat sehen. Stellen sie keine Asylanträge in Italien haben sie keinerlei Chancen hier – auch sie erhalten das Papier, das die Ausreise in sieben Tagen vorschreibt. Ebenso, wie es schon seit geraumer Zeit marokkanischen Migrant\*innen ergeht. Viele von ihnen haben jahrelang in Libyen gearbeitet. Ein junger Marokkaner, der am 16. September in Palermo ankam,

berichtete von seiner Flucht aus Libyen, von der Folter, den Gefängnissen, von missglückten Abfahrten, die von den Schleuser\*innen so organisiert werden, davon, dass man immer wieder neu bezahlen muss. Friss oder stirb heißt es, wenn sie auf kaputte, seeuntaugliche Boote gezwungen werden. 3.500 Dollars hat er letztendlich bezahlt. Eine Zukunft gibt es für ihn in Italien nicht.

## Griechenland

### Open the islands – No more dead from cold

Im vergangenen Winter sind in Moria, dem Hotspot-Camp auf der griechischen Insel Lesbos, sechs Menschen ums Leben gekommen. Die Umstände, die dafür verantwortlich sind, haben sich seitdem kaum verändert. Viele Geflüchtete, die größtenteils seit mehreren Monaten auf der Insel ausharren, leben immer noch in unzumutbaren, unmenschlichen Bedingungen. Die Lager sind überfüllt, viele Personen – auch Familien mit Kindern – sind in Sommerzelten untergebracht, die den kommenden kalten Temperaturen oder gar Schnee niemals standhalten können. Die Situation auf den anderen griechischen Hotspot-Inseln in der Ägäis – Chios, Samos, Leros und Kos – sieht nicht besser aus. Zu den 5000 Menschen, die in Moria untergebracht sind, kommen noch etwa

8000 weitere Personen auf den anderen Inseln, deren Unterbringung im Winter zu einer humanitären Katastrophe führen wird, sollten die griechische Regierung und die Europäische Union nicht handeln.



Ein Kollektiv von Gruppen und Organisationen versucht nun seit mehreren Wochen auf diese katastrophalen Umstände aufmerksam zu machen, darunter auch *borderline-europe*. Die Abschottungspolitik der EU, in diesem Fall speziell der EU-Türkei-Deal, verhindern ein Weiterkommen aufs europäische Festland. Reunification- und Relocation-Programme werden bewusst behindert und verzögert. Diese Grenzpolitik der EU ordnet Menschenrechte, wie eine menschenwürdige Unterbringung oder Zugang zu medizinischer Versorgung, dem Ziel der Abschottung komplett unter. Auch dieses Jahr werden wieder Menschen erfrieren, wenn von Seiten der EU und der griechischen Regierung nicht sofort Maßnahmen ergriffen werden, um die Situation auf den Inseln zu verbessern.

#opentheislands

Weiterführende Informationen sowie das komplette Statement findet ihr [hier](#)

## Hungerstreik gegen die Verzögerungen bei der Familienzusammenführung

---

Am Mittwoch, den 1. November haben in Athen auf dem Syntagma Platz vor dem Parlament 14 Geflüchtete, 7 Frauen und 7 Männer, einen Hungerstreik begonnen, um das Recht einzufordern wieder mit ihren Familien zusammen zu sein. Ihr Protest richtet sich gegen die unerträglich langen Wartezeiten bei der Familienzusammenführung von Griechenland nach Deutschland. Zum Teil warten einige bereits seit mehr als 18 Monaten darauf, zu ihren Familienangehörigen nach Deutschland reisen zu dürfen. Angehörige und Unterstützer\*innen haben am 8. November vor dem Bundesministerium des Innern in Berlin (Alt-Moabit 140) eine Solidaritätskundgebung durchgeführt.

[Mehr Infos](#)

## Veranstaltungen

---

Rejections and Returns: The EU-Turkey Statement and its consequences for refugees in Greece, Turkey and Germany

Zurückweisungen und Rückführungen: der EU-Türkei-Deal und seine Konsequenzen für Geflüchtete in Griechenland, in der Türkei und in Deutschland

20.11.2017, 19:00 – 21:00 Uhr  
ECCHR, Zossener Straße 55-58  
(Aufgang D), 10961 Berlin

Kieler Vortragsreihe: Wertewandel? Die Abschottung Europas gegen Schutzsuchende

Veranstaltungsreihe im Kieler Landeshaus:  
Von Oktober bis Dezember 2017 finden in Kiel sechs Vorträge zum Thema „Wertewandel? Die Abschottung Europas gegen Schutzsuchende“ statt. Programm hier zu finden.

24.10.2017, 18:00 Uhr – 19.12.2017, 18:00 Uhr  
Kieler Landeshaus

Requiem für die Opfer der Flüchtlingspolitik Europas

Informationen, Gedenken und Musik am Buß- und Bettag.

Mitwirkende: Pastor Lutz Jedeck, Michael Schwickart/ Sea-Watch e.V., Kapitän Stefan Schmidt, Joachim Glowe, Pastorin Elisabeth Hartmann-Runge.  
Musik: Orientalische Kulturgruppe

22.11.2017, 18:00 Uhr  
Seemannskirche St. Jakobi zu Lübeck

[Mehr Infos](#)

# Solidarität braucht Ihre Hilfe — Unterstützen Sie borderline-europe!

## Über uns

---

An den Außengrenzen der Europäischen Union finden immer mehr Menschen auf der Suche nach einem menschenwürdigen Leben den Tod. Sie fliehen vor der Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen durch Kriege, Umweltkatastrophen, ungerechte Wirtschafts- und Handelsbedingungen und sie fliehen vor den gewalttätigen und diskriminierenden gesellschaftlichen Verhältnissen in ihren Herkunftsländern.

## Kontakt

---

borderline-europe -  
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.  
Gneisenastr. 2a  
10961 Berlin

+49 (0) 176 420 276 55  
mail@borderline-europe.de

[www.borderline-europe.de](http://www.borderline-europe.de)

## Folge uns!

---

Folge uns [hier](#) auf Twitter.  
Folge uns [hier](#) auf Facebook.

